Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 66	S0376/19	17.09.2019
zum/zur		
F0191/19 Fraktion DIE LINKE Stadtrat Karsten Köpp		
Bezeichnung		
Straßenquerungen mit abgesenkten Bordsteinen markieren und auf Parkverbot gesondert hinweisen		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		01.10.2019

Zu den in der Sitzung des Stadtrates am 22.08.2019 gestellten Fragen der Anfrage F0191/19 möchte die Stadtverwaltung wie folgt antworten.

- 1. Welche Gründe sprechen dafür, den vorhandenen Ermessensspielraum der Stadt zu nutzen und im gesamten Stadtgebiet durch einheitliche Markierungen an abgesenkten Bordsteinen das Parkverbot zu verdeutlichen?*

Der § 12 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) regelt für alle Verkehrsteilnehmer verbindlich das Halten und Parken. Demnach ist das Parken vor Bordsteinabsenkungen unzulässig (§ 12 Abs. 3 Nr. 5 StVO). Das gilt auch an der Bordsteinabsenkung einer Gehwegseinmündung. Die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) gibt den Straßenverkehrsbehörden den Ermessensspielraum vor. So sind Verkehrszeichen, die lediglich die gesetzliche Regelung wiedergeben, nicht anzuordnen (VwV-StVO zu den §§ 39 bis 43 Nr. 1 Rn 2). Damit gibt es keinen Ermessensspielraum für eine einheitliche Markierung zur Verdeutlichung eines Parkverbotes an abgesenkten Bordsteinen. Die StVO enthält aus diesem Grund keine einheitliche Markierung hierfür.

Die Straßenverkehrsbehörden können jedoch im begründeten Einzelfall das Verkehrszeichen 299 - Grenzmarkierung für Halt- oder Parkverbote - (StVO Anlage 2 lfd. Nr. 73) anordnen. Diese Grenzmarkierung bezeichnet, verlängert oder verkürzt ein an anderer Stelle vorgeschriebenes Halt- oder Parkverbot. Die Bordsteinabsenkungen an Gehwegseinmündungen haben insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen eine besondere Bedeutung. Hierin sieht auch die Straßenverkehrsbehörde der Landeshauptstadt Magdeburg einen möglichen Grund für die Anordnung des Verkehrszeichens 299 (Markierung). So kann es angezeigt sein, an z. B. regelmäßig zugeparkten Gehwegseinmündungen das bestehende Verbot nach § 12 Abs. 3 Nr. 5 StVO noch einmal mittels Zeichen 299 zu bezeichnen. Es ist in jedem Fall eine Einzelentscheidung und der Nachweis der Erforderlichkeit ist zu erbringen.

- 2. In welchem Zeitraum und in welchen Teilschritten wäre das in Frage 1 formulierte Ziel in der Landeshauptstadt umsetzbar?*

Das in Frage 1 formulierte Ziel, im gesamten Stadtgebiet einheitliche Markierung an abgesenkten Bordstein vorzunehmen, kann nicht umgesetzt werden.

3. Welche Prioritäten sollten bei der Umsetzung des in Frage 1 formulierten Zieles gelten?

Mit Verweis auf die Beantwortung der Frage 1 sehen die Straßenverkehrsbehörde (Anordnung der Markierung) und die Straßenbaubehörde (Ausführung der Markierung) in bestimmten Stadtbereichen wie z. B. dem Werder oder auch Stadtfeld durchaus Gründe für eine solche Markierung. Aufgrund der Siedlungsstruktur wird hier das bestehende Parkverbot sehr oft missachtet. Die Straßenverkehrsbehörde wird hier im Rahmen ihrer täglichen Arbeitsaufgaben tätig werden und Einzelfallentscheidungen vornehmen.

4. Mit welchen finanziellen Aufwendungen wäre bei der Umsetzung des in Frage 1 formulierten Zieles zu rechnen?

Hierzu können zurzeit keine detaillierten Angaben gemacht werden.

Dr. Scheidemann